

Der Körper leidet vor allem in einfachen Berufen

Beschäftigte mit niedriger Qualifikation tragen ein erhebliches Risiko, durch Krankheit dauerhaft arbeitsunfähig zu werden. Bei manchen Krankheitsbildern ist es bis zu 14-mal so hoch wie unter Akademikern.

Fast jeder fünfte Deutsche, der heute in Rente geht, hat sein Arbeitsleben aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig beenden müssen. Knapp 20 Prozent der Neu-Ruheständler beziehen eine Erwerbsminderungsrente, nachdem in einem strengen Verfahren festgestellt wurde, dass sie zu krank sind, um regulär weiterzuarbeiten. Meist tritt eine teilweise oder vollständige Erwerbsminderung bei Beschäftigten jenseits der 50 auf. So bezogen etwa im Jahr 2008 unter 1.000 aktiv Versicherten der Gesetzlichen Rentenversicherung im Alter von 45 Jahren weniger als fünf erstmals eine Erwerbsminderungsrente. Unter den 58-Jährigen waren es schon gut dreimal so viele.

Das Alter ist jedoch keineswegs der einzige Faktor, macht eine neue Studie von Christine Hagen, Ralf K.

Himmelreicher, Daniel Kemptner und Thomas Lampert deutlich. Die vier Wissenschaftler, die am Deutschen Zentrum für Altersfragen, am Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung, am Robert-Koch-Institut beziehungsweise am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung arbeiten, haben erstmals auf umfassender empirischer Grundlage untersucht, welche Personengruppen unter Arbeitern und Angestellten häufig von Erwerbsminderung betroffen sind, und welche seltener.* Dazu werteten sie die anonymisierten Daten von gut 127.000 Menschen aus, die 2008 als Neuzugänge in der Erwerbsminderungsrente registriert wurden und verglichen sie mit denen der übrigen Versicherten.

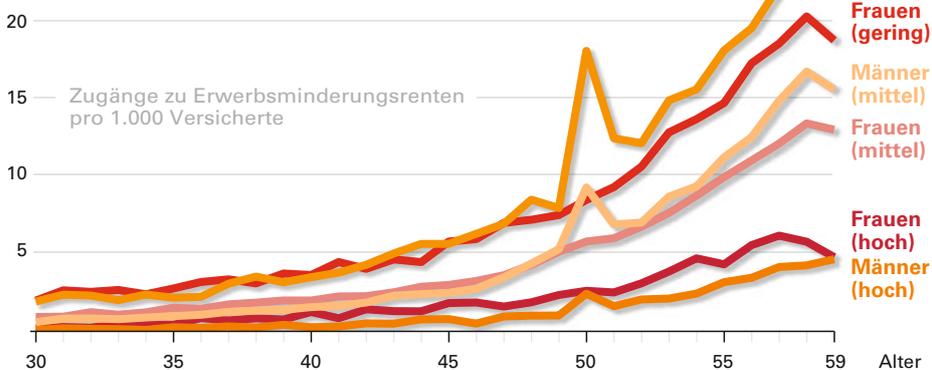
Kernergebnis der Datenanalyse: Sowohl die Qualifikation als auch Geschlecht und Wohnort beeinflussen die Wahrscheinlichkeit, aus Gesundheitsgründen nicht bis zum regulären Rentenalter arbeiten zu können. **Haupt- oder Real-schulabschluss, keine Berufsausbildung, männlich, wohnhaft in Ostdeutschland** – Beschäftigte mit diesem Profil tragen das höchste Risiko, arbeitsunfähig zu werden. Es liegt gut zehnmal so hoch wie bei männlichen Akademikern, die in den alten Bundesländern leben.

Qualifikation. Je höher die Bildung, desto geringer das Risiko einer Erwerbsminderung – die Qualifikation erweist sich in der Feinanalyse als wichtigster Einflussfaktor. Das gilt in allen Altersgruppen, besonders weit öffnet sich die Bildungsschere aber bei den Älteren. Unter Frauen und Män-

nern mit (Fach-)hochschulabschluss gehen auch mit Ende 50 nur rund 5 von 1.000 Versicherten in die Erwerbsminderungsrente. Dagegen sind es bei niedrig qualifizierten Män-

Geringe Qualifikation bedeutet mehr chronische Krankheiten

Das Risiko auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen zu sein, besteht je nach Qualifikation bei ...



Quelle: Hagen, Himmelreicher u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

nern fast 25, bei niedrig qualifizierten Frauen 19. Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation, das heißt mit abgeschlossener Berufsausbildung, liegen dazwischen. Hier verzeichnet die Statistik bei Männern rund 15 Zugänge, bei Frauen 13.

Die Forscher haben auch die Risikoverteilung bei drei Krankheitsbildern berechnet, die sehr häufig zu Erwerbsminderungen führen. Besonders hoch fallen die qualifikationsspezifischen Unterschiede bei Muskel-Skelett-Erkrankungen aus. Hier tragen Männer mit niedrigem Qualifikationsniveau ein 14-fach höheres Risiko als Akademiker. Unter Frauen liegt der Faktor je nach Qualifikation maximal beim Achtfachen. Auch bei Erkrankungen von Herz und Kreislauf ist die Differenz erheblich. Spürbar kleiner fällt der Unterschied dagegen bei psychischen Leiden aus, die insgesamt immer häufiger zu Erwerbsminderungen führen. Die Wissenschaftler erklären das so: Während vor allem Beschäftigte mit einfacher Qualifikation schwere körperliche Arbeiten leisten müssen und dadurch Schäden davontragen, könnten „durch Arbeitsverdichtung und Stress verursachte psychische Erkrankungen“ wohl „bei Beschäftigten aller Qualifikationsniveaus vorkommen.“

Männer und Frauen. Insgesamt sind Erwerbsminderungen unter Männern deutlich weiter verbreitet als unter Frauen. Und: Unter niedrig qualifizierten Beschäftigten ist die Differenz zwischen den Geschlechtern größer als bei Arbeitnehmern mit hohem Bildungsabschluss. Das ist für die Forscher

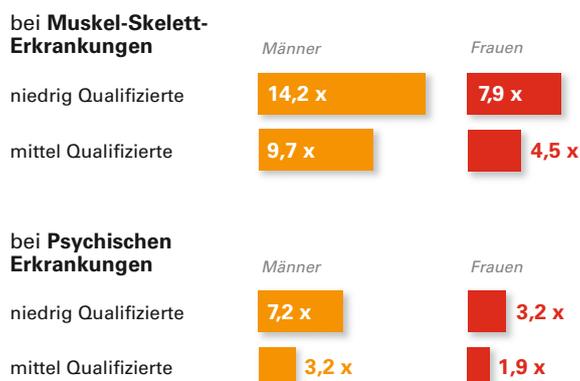
ein weiteres Indiz dafür, wie sich körperliche Belastungen in eher von Männern ausgeübten Arbeiterberufen auswirken. Zusätzlich ließen sich aber auch Befunde aus der Epidemiologie heranziehen: Frauen ignorieren beispielsweise seltener Gesundheitsbeschwerden. Höher Gebildete vermeiden eher riskante Verhaltensweisen, sind etwa seltener Raucher.

In einem wichtigen Punkt kehrt sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern allerdings um: Frauen müssen häufiger als Männer wegen einer psychischen Erkrankung ihre Berufstätigkeit aufgeben. Die Studienautoren halten zwei Faktoren zur Erklärung für plausibel: Frauen sind häufiger in „emotional belastenden Berufen“ tätig, etwa in der Pflege. Zum anderen gingen Frauen und Männer unterschiedlich mit psychischen Problemen um. Letztendlich ließen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsminderung aber derzeit nicht abschließend erklären.

Ost und West. Ein ähnliches Muster beobachten die Wissenschaftler bei den Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern. Ostdeutsche tragen unter dem Strich ein spürbar erhöhtes Risiko, von einer Erwerbsminderung betroffen zu sein. Das gilt insbesondere für niedrig Qualifizierte und mit Blick auf Herz-Kreislauf-Leiden und Erkrankungen des Skelett- und Muskelsystems. Mit zunehmender Qualifikation gleichen sich die Werte in Ost und West dann jedoch tendenziell an. ◀

Einfache Arbeit geht auf den Rücken

Im Vergleich zu hochqualifizierten Westdeutschen ist das Risiko so viel höher, eine Erwerbsminderung zu erleiden:



Quelle: Hagen, Himmelreicher u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

* Quelle: Christine Hagen, Ralf K. Himmelreicher, Daniel Kemptner, Thomas Lampert: Soziale Ungleichheit und Risiken der Erwerbsminderung, in: WSI Mitteilungen 7/2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

LÖHNE

Geteiltes Land

In Ostdeutschland müssen Beschäftigte häufiger für einen niedrigen Stundenlohn arbeiten als im Westen. Doch auch in Westdeutschland könnten Millionen Arbeitnehmer von der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns profitieren.

Im Jahr 2009 erhielten insgesamt fünf Millionen Arbeitnehmer einen Bruttostundenlohn von maximal 8,50 Euro, so eine Studie der Prognos AG für die Friedrich-Ebert-Stiftung.* Davon lebten gut 3,6 Millionen in West- und knapp 1,4 Millionen in Ostdeutschland. Unterhalb der Schwelle von 8,50 Euro befanden sich im Osten jedoch 26 Prozent der Beschäftigten – doppelt so viele wie im Westen. Stundenlöhne von mehr als zwölf Euro hingegen erhielten in Westdeutschland 67 Prozent, im Osten nur 47 Prozent der Arbeitnehmer.

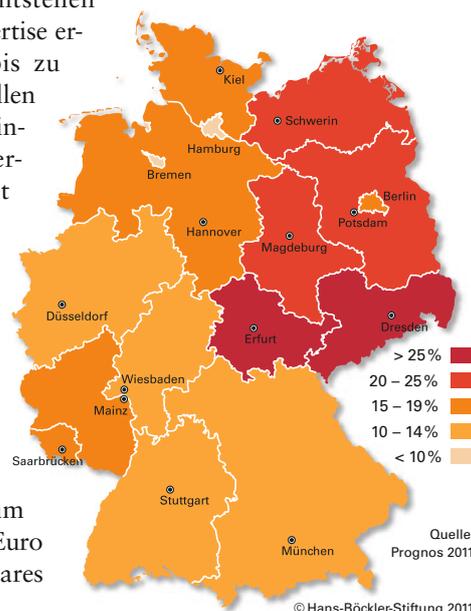
Im Länderranking sind die ostdeutschen Bundesländer unter sich: Mit 34 Prozent ist der Anteil der Geringverdiener in Thüringen am höchsten, gefolgt von Sachsen (29 Prozent), Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (je 25 Prozent) und Brandenburg (24 Prozent). Die niedrigsten Quoten weisen die westdeutschen Stadtstaaten Hamburg mit 6 und Bremen mit 8 Prozent auf.

Absolut überspringt einzig das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen die Millionengrenze. In Bayern müssen mehr als 760.000 Beschäftigte für einen geringen Lohn arbeiten, in Baden-Württemberg sind es an die 480.000. Die wenigsten Niedriglohnbezieher haben wiederum Bremen mit gut 17.000 und Hamburg mit knapp 35.000.

Bundesweit könnte eine allgemeine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde Staatshaushalt und Sozialkassen um gut sieben Milliarden Euro entlasten, haben die Prognos-Experten berechnet. Die Erwerbseinkommen würden insgesamt um 14,5 Milliarden Euro steigen. Die bisherigen Geringverdiener würden voraussichtlich einen relativ großen Anteil dieses Geldes wieder ausgeben. Ihre Nachfrage dürfte die Güterproduktion auch im Inland stimulieren und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Expertise erwartet daher bis zu 78.000 neue Stellen als Folge des Mindestlohns. Allerdings verursacht die stärkere Binnennachfrage auch eine kleine Preissteigerung, so die Forscher. Statt nominal 14,5 Milliarden Euro bliebe den Beschäftigten real ein um 11,4 Milliarden Euro erhöhtes verfügbares Einkommen. ◀

Im Osten oft weniger

So viele Beschäftigte arbeiten für einen Stundenlohn unter 8,50 €



* Quelle: Oliver Ehrentraut, Markus Matuschke, Sabrina Schmutz, Reinhard Schüssler: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, Mai 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de